

Jusos für Streetworker!

Die Graftschafter Jungsozialisten begrüßen, dass mit jeweils 10.000 Euro Beteiligung der Städte Bad Bentheim und Schüttorf sowie des Landkreises eine Streetworker-Stelle für die Obergraftschafft geschaffen wurde. Nach Ansicht der Jusos muss Jugendarbeit auch dort stattfinden, wo sich Jugendliche aufhalten. Und das ist heute zu Tage leider viel zu oft die Strasse. Die Jusos möchten nun ebenfalls ein Konzept für die Schaffung einer Streetworker-Stelle in der Niedergraftschafft erarbeiten. ■

SPD: Kinderrechte in die Verfassung

Kinderrechte gehören in die Verfassung. Frühkindliche und vorschulische Förderung, Erziehung und Betreuung sind richtige und wichtige Bausteine einer Politik für Familien und Kinder. Dafür steht die SPD. Fortschrittliche Kinderpolitik braucht aber auch Orientierung, Kontinuität und Verlässlichkeit. Für wie dumm halten Herr Wulff und seine CDU die Niedersachsen eigentlich? Noch im Dezember 2006 lehnten CDU und FDP drei Kernforderungen der SPD - gebührenfreies Kindergartenjahr, 165 Millionen für die Kommunen, Millionen für Investitionen und Innovationen - vehement ab. Nur zwei Monate später soll's ein Nachtrag richten. Der 7. Februar 2007 wird in die niedersächsische Landespolitik als der Tag der dreiesten und plumpsten Wählerverdummung eingehen. Denn die Kommunen zahlen Wulffs Wahlgeschenke mit exakt den 165 Millionen Euro, die er ihnen zuvor aus den Kassen klaut! Der nächste Umfaller von Wulff kommt bestimmt. Mit einem Gesetzentwurf hat die SPD in Niedersachsen jetzt ein weiteres deutliches Zeichen in der niedersächsischen Verfassung verankert werden. Die CDU/FDP-Landesregierung zögert. Kinderrechte eignen sich nicht für Wahlkampftricks und Sonntagsreden. Eine Verankerung in der Verfassung wäre eine Verpflichtung für Politik und Gesellschaft, immer wieder aufs Neue die richtigen Entscheidungen zu treffen. ■

Krankenhausversorgung

Landrat Kethorn hatte versprochen, die beiden Nordhorer Krankenhäuser bis Mai 2006 zu fusionieren. Ohne Erfolg. Um ein ökumenisches Krankenhaus nach dem Wunsch der Graftschafter Bevölkerung zu verwirklichen, müssen die reformierte und die katholische Kirche eingebunden werden. Bisher sperrt sich die katholische Kirche gegen ein paritätisches Stimmrecht der Reformierten im Aufsichtsrat. Hier hat der Landrat gegen die Stimme der SPD diese Parität in den Verhandlungen leichtfertig aufgegeben. ■

Klimawandel

Der rasante Klimawandel erfordert für den Straßenverkehr neue Wege. 20% des CO₂-Ausstoßes wird durch den Straßenverkehr verursacht. Laut EU muss bei Neufahrzeugen bis 2012 der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert werden. Gleichzeitig will SPD-Umweltminister Gabriel die Umstellung der KFZ-Steuer von der Hubraumgröße auf den Ausstoß von CO₂ und Schadstoffen umstellen. Dabei erwartet er eine konstruktive Mitarbeit der Bundesländer und kein Ausbremsen, wie es Niedersachsen zurzeit versucht. ■



Gerd Will

Gerd Will setzt sich engagiert und erfolgreich für Graftschafter Interessen ein und hat langjährige kommunalpolitische Erfahrung durch 15-jährige Ratsarbeit in Nordhorn u. a. auch als stellvertretender Bürgermeister und seit 1991 als Vorsitzender der SPD-Kreisfraktion.

Gerd Will (54), in der Niedergraftschafft in Kalle aufgewachsen, lebt und arbeitet seit 1981 als Gewerkschaftssekretär in Nordhorn. Er studierte in Hamburg und ist Diplomvolkswirt. Er ist verheiratet (ev.-ref.), hat zwei erwachsene Söhne. Seit 1996 ist er mit Unterbrechungen Mitglied des niedersächsischen Landtags. Dort vertritt Will erfolgreich Graftschafter Interessen, vormals als Mitglied der Regierung - jetzt der Oppositionspartei. Er war Mitglied in den Ausschüssen für Recht und Verfassung und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Zur Zeit ist er Mitglied im Wirtschaftsausschuss und für die SPD dort verkehrspolitischer Sprecher und stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher.

In Hannover befasst er sich auch mit wichtigen Graftschafter Themen, beispielsweise: Planung der Nordumgehung Nordhorn, Unterstützung der Krankenhaussanierung durch das Land Niedersachsen, Förderung des Projektes Euro-Park in Emlichheim, Lehrerversorgung an Schulen und Entwicklung der Kanalvision.

Will kritisiert in seiner Arbeit Entscheidungen der Landesregierung, die sich gegen die Graftschafft ausgewirkt haben, wie Wegnahme des zweiten Landtagswahlkreises, Verlagerung der Polizeiinspektion ins Emsland, Reduzierung des Katasteramtes in Nordhorn unter dem Dienstsitz in Meppen und Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs zu Lasten der Gemeinden und des Landkreises. ■

Duin auf Pannekookenproat



Foto: v.l.n.r.: Gerd Will, Garrelt Duin, Dieter Steinecke

Kein geringerer als der Landesvorsitzende und MdB, Garrelt Duin, war vor kurzem Hauptredner der alljährlichen Satire-Veranstaltung „Pannekookenproat“ in Georgsdorf. Die Graftschafter Sozialdemo-

kraten hauen in Georgsdorf nicht nur Buchweizenteig in die Pfanne, sondern eben auch den politischen Gegner. Den lokalen Redebeitrag leistete der Kreisvorsitzende Dieter Steinecke, MdL. ■



SPD will mehr Gerechtigkeit in Niedersachsen

! Zum Beispiel das ganze Thema Bildung: Da schaltet die Regierung aus purer Ideologie auf stur. Kultusminister Busemann pocht darauf, dass es drei Begabungen unter Schulkindern gibt und entsprechend auch drei unterschiedliche Schulformen - Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Das ist eine falsche Vorstellung. Außerdem: Immer mehr Hauptschulen sind in ihrem Bestand gefährdet, weil die Eltern ihre Kinder nicht mehr dorthin schicken wollen.

CDU-Regierung jetzt auf unseren Druck reagiert und ein Kindergartenjahr freigestellt. Für die Kinder ab sechs Jahren setzen wir auf eine gemeinsame Beschulung aller Kinder bis zum 10. Schuljahr - die Gemeinsame Schule.

! Das Thema Qualifizierung spielt bei uns eine zentrale Rolle: Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche. Außerdem treten wir für die Abschaffung der Studiengebühren ein. Die niedersächsische Wirtschaft wollen wir durch gesteigerte Investitionsmittel ankurbeln. Und besonders am Herzen liegt uns auch, dass das Land sich nicht wie von der Regierung geplant komplett aus der Raumordnung zurückzieht. Es darf nicht sein, dass es sich zukünftig ausschließlich im Konkurrenzkampf zwischen Landkreisen oder Kommunen entscheidet, wie teuer etwa Abwasserbeiseitigung ist oder wo welcher Kindergarten gebaut wird. Hier muss das Land gewisse Spielregeln vorgeben, wenn es keine Verlierer geben soll. ■

? Herr Jüttner, in gut zehn Monaten findet die Landtagswahl statt. Sind Sie gut gerüstet?

! Auf jeden Fall. Die niedersächsische SPD und ich als Spitzenkandidat sind angriffslustig. Es ist uns wichtig, dass in diesem Land endlich wieder Politik für alle Menschen gemacht wird. Daher auch unser Slogan Niedersachsengerechter.

? Was läuft denn Ihrer Meinung nach unter der jetzigen Regierung schief?

? Wie sieht denn Ihr Konzept aus?

! Wir setzen auf eine stärkere Förderung für alle Kinder und auf eine intensive Beratung der Eltern. Dazu gehören Familienzentren für die Beratung, eine verbesserte Gesundheitsvorsorge aber vor allem eine frühe Förderung bereits im Kindergarten. An der Stelle hat die

? Geht der gemeinsame Unterricht denn nicht zulasten der Leistungsstärkeren?

! Natürlich müssen Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden. Dann werden sich ihre Stärken auch besser entwickeln. Aber auch Schülerinnen und Schüler, die im 5. und 6. Schuljahr noch nicht so gut lernen können später stark werden. Auf der Hauptschule haben sie dann keine Chance mehr auf einen höheren Abschluss.

? Welche weiteren Schwerpunkte gibt es bei Ihnen im Wahlkampf?

Internationaler Frauentag

Am 8. März 2007 wurde - wie jedes Jahr - der internationale Frauentag gefeiert. Im Gemeindehaus am Markt wurde ein umfangreiches Programm vor großem Publikum aufgeführt. Schon sehr lange kämpfen die Frauen um ihre Rechte.



Die Situation heute: Die Gleichberechtigung ist zwar laut Gesetz vollzogen, wird aber in der Gesellschaft und im Berufsleben nicht überall angewandt. Auch heute noch haben Frauen 22 % weniger Einkommen, weniger Karrierechancen und weniger Alterseinkommen. Im Niedriglohn-Sektor beträgt der Frauenanteil 70%. Sie hätten das Recht, gegen diesen

ihrer weiteren Entwicklung haben. In den 70er Jahren galt die Gleichberechtigung als vollzogen. Aber da bei einer Kindererziehung durch die Väter Familien-Einkommensverluste hingenommen werden müssten, weil eben die Männer immer noch mehr Geld verdienen, trägt die Last der Familienarbeit weiterhin zu einem Großteil die Frau. Die AsF (die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) führte einen Sketch auf. In diesem Sketch ging es um die Forderung der Mitarbeiterinnen der fiktiven „Molkerei Vechteschlamm“ auf Gleichberechtigung bei den Gehältern und den Beförderungen. ■

Kommentar:

Zweites Kreisgymnasium

Die Schulstrukturreform von CDU und FDP hat einen großen Druck in Richtung Gymnasium aufgebaut. Eltern und Schüler trauen den angeblichen Vorteilen des gegliederten Schulsystems nicht und schlagen den Weg Richtung Gymnasium ein. Fast 40% Gymnasialschüleranteil erfordern in der Graftschafft ein zusätzliches Angebot. Das wird durch ein zweites Gymnasium in Nordhorn möglich sein. Schon heute besuchen ca. 1600 Schüler das Gymnasium am Stadtring unter sehr schlechten Bedingungen mit Containern und einem geteilten Standort.

Die SPD fordert seit zwei Jahren ein zweites Gymnasium. Landrat Kethorn und die CDU Kreismehrheit haben die so wichtige Entscheidung unnötig lange hinausgezögert. Doch nun hat der Kreistag es endlich beschlossen. ■

Herausgeber: SPD Kreisverband Graftschafft Bentheim V.i.S.d.P. Dieter Steinecke (Kreisvorsitzender) Stadtring 38 · 48527 Nordhorn